



Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf:

Wichtige Themen der Ratssitzung am 15.03.2012

Die Sitzung begann mit einer Ehrung: Cornelia Mohrs erhielt den Ehrenring für 10 Jahre Mitgliedschaft im Rat. Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion setzt sich für die Förderung von Kunst, Literatur und Musik in der Landeshauptstadt ein. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der freien Szene. In seiner Laudatio würdigte Oberbürgermeister Dirk Elbers das breitgefächerte Engagement von Cornelia Mohrs für „ihren“ Stadtteil Wersten und die gesamte Stadt.

Bei Einstieg in die Tagesordnung sprach Markus Raub einen Vorfall aus der letzten Ratssitzung an: CDU-Ratsherr Stephan Friedel hatte sich gegenüber der SPD-Ratsfrau Claudia Bednarski deutlich in Wortwahl und Tonfall vergriffen. Markus Raub forderte nun im Namen der SPD-Fraktion eine Entschuldigung und mahnte mehr Zurückhaltung und ein kollegialeres Miteinander an.

➔ Anfrage: Unterstützung des ESC durch die IDR

In einer Informationsvorlage zum Eurovision Song Contest 2011 (ESC) wurde ausgeführt, dass die Stadt Düsseldorf in ihrer Gastgeberrolle auch von der IDR als Sponsor unterstützt wurde. Im Februar 2012 berichtete eine lokale Zeitung hierzu, dass die IDR 40.000 Euro für den Brauchtums-Umzug im Rahmen des ESC „spendiert“ habe, davon jedoch lediglich 21.000 Euro für diesen Zweck in Anspruch genommen worden seien. Die SPD fragte nun im Rat nach, ob der Bericht zutreffend sei und was mit den restlichen Mitteln passiert ist.

Hierzu erklärte die Verwaltung, dass die Unterstützung des ESC durch die IDR über die Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH (DMT) erfolgt sei. Die Stadt habe keine finanziellen oder materiellen Zuwendungen von der IDR für die Durchführung erhalten. Die Verwaltung antwortete weiter, dass DMT und IDR damals einen Sponsoringvertrag abgeschlossen hätten, Vertragsgegenstand seien verschiedene Werbeleistungen für die IDR gewesen, die im Zusammenhang mit dem ESC-Brauchtums-Umzug standen. Die Werbeleistung sei von den Vertragspartnern mit 40.000 Euro beziffert worden, beide Vertragspartner hätten die vereinbarten Leistungen erbracht. Darüber hinaus entspräche eine Abrechnung von Sponsoringleistungen nicht der üblichen Vorgehensweise im Rahmen von Sponsoringvereinbarungen.

Medienschelte des Oberbürgermeisters

In Bezug auf die IDR stellten auch die Grünen eine Anfrage: Der städtische Pressespiegel, der täglich die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Geschehen in der Stadt informieren soll, hatte über Tage hinweg keinen der kritischen Artikel rund um die Vorgänge bei der IDR enthalten. Die Grünen wollten wissen, warum nicht.

Die Beantwortung erfolgte durch den Oberbürgermeister: Dieser erklärte in der Sitzung, dass er in der von den Grünen angeführten Zeit keinen Artikel gelesen habe, der der Wahrheit entsprach. Nach Ansicht des OB seien viele Artikel „mit Halbwissen gespickt“ gewesen.



Um die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Fehlinformation zu schützen, habe er sie nicht durch das Presseamt weiterverbreiten lassen wollen.

Mit seiner eindeutigen Medienschelte warf der Oberbürgermeister aus Sicht der SPD vor allem zwei Fragen auf: Wenn die Berichterstattung Fehlinformationen enthielt, warum hat er diese nicht richtig gestellt? Schließlich ist er als IDR-Aufsichtsratsvorsitzender im Besitz der „richtigen“ Informationen. Und welchen Nutzen hat ein städtischer Pressespiegel (jährliche Kosten: 200.000 Euro), wenn er nur die Sichtweisen des Oberbürgermeisters enthält, anstatt das tatsächliche aktuelle Stadtgeschehen abzubilden?

➔ **Bedarfsbeschluss für die Aufzugnachsrüstung für den U-Bahnhof Nordstraße**

Nach mehr als 30 Jahren, in denen dieses Thema immer wieder auf der Tagesordnung stand, geht es jetzt endlich voran! Der Bedarfsbeschluss bedeutet zwar noch nicht, dass morgen die Bauarbeiten beginnen werden, aber jetzt können wenigstens endlich die notwendigen Pläne für das Genehmigungs- und Finanzierungsverfahren erarbeitet werden. Somit trägt das langjährige Engagement der SPD für einen barrierefreien Zugang zum U-Bahnhof Nordstraße endlich Früchte. Für alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen soll jetzt ein Aufzug eingebaut werden, der ohne Zwischenstopp bis an die Haltestellen führt. Wir werden den weiteren Planungsprozess in Abstimmung mit dem runden Tisch Verkehr konstruktiv begleiten.

➔ **Antrag: Kein Verkauf der IDR**

Im Umfeld einer Wirtschaftsprüfung bei der IDR AG wurden immer wieder Gerüchte laut, die Firma sei wirtschaftlich angeschlagen und man prüfe einen Verkauf. Die Zweifel über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens sind unberechtigt: die IDR AG ist ein gesundes Unternehmen, das seit 120 Jahren für die Stadt arbeitet und wichtige Beiträge zur Stadtentwicklung geleistet hat. Es sind keine Gründe erkennbar, die für einen Verkauf sprechen. Um weiteren Spekulationen und Gerüchten den Boden zu entziehen und vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beruhigen, beantragte die SPD, dass sich der Rat eindeutig gegen einen Verkauf der IDR AG aussprechen sollte.

Daraufhin erfolgte eine eigentlich überflüssige Debatte. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen und ein einfaches und deutliches Signal zu setzen, verstiegen sich CDU und FDP in Unterstellungen und Verschwörungstheorien, die der Sache sicherlich nicht dienlich waren. Schlussendlich wurde der Antrag abgelehnt – wobei CDU und FDP unabhängig davon erklärten, dass ein Verkauf der IDR nicht zur Debatte stehe. Frei nach dem Motto: „Warum einfach, wenn’s auch kompliziert geht?“

➔ **Antrag: Public Viewing und Fan-Treffs zur Endrunde der Fußball-Europameisterschaft 2012**

Mit diesem Antrag wollte die SPD-Ratsfraktion erreichen, dass während der Fußball-Europameisterschaft 2012 an geeigneter Stelle im Innenstadtbereich ein möglichst eintrittsfreies Public Viewing mit Fan-Treffs angeboten wird. Besonders gut geeignet wäre dafür aus Sicht der SPD der Johannes-Rau-Platz, auf dem es auch zum ESC ein erfolgreiches Public Viewing gegeben hat.



„Wir halten Public Viewing für eine gute Gelegenheit, Menschen gemeinsam an einem solchen sportlichen Großereignis teilhaben zu lassen“, sagte Martin Volkenrath, Vorsitzender des Ordnungs- und Verkehrsausschusses, während der Ratsdebatte. Dabei verwies er auch auf die positiven Erfahrungen der letzten Jahre aus anderen Kommunen, „die zeigen, dass eine Umsetzung durchaus möglich und auch sinnvoll ist.“

Wenig überraschend lehnten CDU und FDP den Antrag unter Hinweis auf Sicherheitsbedenken und Kosten ab. Diese Argumentation ist jedoch nur schwer nachvollziehbar, schließlich unterstützt die Ratsmehrheit an anderer Stelle ein vom Aufwand her vergleichbares Public Viewing der Deutschen Oper am Rhein.

➔ **Antrag von FDP und CDU: Resolution zu den Ladenöffnungszeiten in Düsseldorf**

Die Ratsdiskussion rund um Ladenöffnungszeiten stand unter dem Eindruck des seit gestern eröffneten Landtagswahlkampfes. Inhaltlich führten CDU und FDP, die hierzu einen Antrag eingebracht hatten, die altbekannten Argumente an, z.B. dass viele Menschen gern abends oder bis in die Nacht hinein arbeiten würden. So erklärte unter anderem CDU-Ratsherr Andreas Hartnigk, dass die in NRW von Studiengebühren befreiten Studenten jetzt wieder viel lieber abends arbeiten würden, weil sie das Geld für andere Zwecke verwenden könnten.

Nach einer wenig zielführenden Debatte beschloss die Ratsmehrheit eine Resolution an die Landesregierung, die aktuellen Regelungen nicht zu verändern. Die SPD wird sich weiterhin, auch auf Landesebene, dafür einsetzen, dass das Ladenöffnungsgesetz auch den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Einzelhandel gerecht wird – nicht nur den Anforderungen eines möglichst liberalisierten Marktes, wie ihn CDU und FDP gerne hätten.

➔ **Düsseldorfer Tag gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit**

Die Linksfraktion beantragte, dass die Verwaltung einen „Düsseldorfer Tag gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ planen und durchführen solle. Dieses seltsame Ansinnen hat die SPD abgelehnt. In Düsseldorf engagieren sich seit vielen Jahren Gewerkschaften, freie Träger und Organisationen wie der Düsseldorfer Appell gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Aus Sicht der SPD wäre es sinnvoller, diese Organisationen bei ihren Veranstaltungen zu unterstützen. Das beantragte die SPD.

Die Reaktionen von CDU und FDP zeigten, dass sie den Sinn des Antrages entweder nicht verstanden hatten oder schlichtweg nicht verstehen wollten. Das grundsätzliche Desinteresse an einer inhaltlichen Debatte fasste Bürgermeisterin Strack-Zimmermann mit einem schlichten „Ich will das nicht!“ zusammen. Der Änderungsantrag der SPD wurde schließlich von der Ratsmehrheit ebenso abgelehnt wie der Originalantrag der Linken.

➔ **Antrag der Fraktion Die Linke: Musikbunker erhalten**

In Düsseldorf mangelt es seit Jahren deutlich an Proberäumen für Musikerinnen, Musiker und Bands. Die wenigen Räumlichkeiten, die es stadtwweit gibt, sind häufig überbeuert und / oder haben bauliche Defizite. Das ist ein Armutszeugnis, gerade für eine Stadt, die noch im letzten Jahr zum ESC erklärte, die Musikszene deutlich stärken zu wollen.



In diesem Zusammenhang führte die Nachricht von der Schließung des Hochbunkers am Gatherweg, der seit langem Bands Proberäume bietet, in der Düsseldorfer Musikszene zu großer Verärgerung. Die SPD-Fraktion machte bereits sehr früh mit Anfragen im Kulturausschuss auf die Problematik aufmerksam.

Der Antrag der Linken war aber aus Sicht der SPD nicht geeignet, der Musikszene wirklich zu helfen. Im Änderungsantrag der SPD wurde deswegen gefordert, dass die Stadt die Möglichkeiten für die weitere Nutzung des Bunkers als Proberaum zunächst prüfen und sie dem Kulturausschuss zur Beratung vorlegen sollte. Zudem sollte ein städtisches Konzept zur Schaffung weiterer Proberäume durch Neubau oder im Rahmen von Zwischennutzungen erstellt werden. Schließlich wurde das Thema an den Kulturausschuss überwiesen, wobei diesem Verfahren alle außer der CDU zustimmten, die sich enthielt.

➔ **Antrag: Weitergeltung des TVöD bei den Sana-Kliniken Düsseldorf GmbH**

Seit einigen Tagen steht fest: Die Sana-Kliniken sind aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband ausgetreten und damit nicht mehr an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gebunden. Dieser galt bisher dort, weil die Kliniken bis 2007 der Stadt gehörten. Damals wurden die beiden Krankenhäuser und die städtischen Altenheime an den Sana-Konzern verkauft, die Stadt ist aber weiterhin mit 49% beteiligt. Das Ziel des Austritts liegt auf der Hand: der Sana-Konzern möchte bei den Personalkosten sparen und die Beschäftigten in den für den Konzern günstigeren Haustarifvertrag überführen.

Dieses Verhalten des Sana-Konzerns ist aus Sicht der SPD nicht hinnehmbar. Der Rat trägt immer noch Verantwortung für die Beschäftigungsverhältnisse der ehemals städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem besteht die Gefahr, dass die Qualität der Versorgung sinkt, schließlich ist in den Kranken- und Pflegeberufen ein zunehmender Fachkräftemangel zu verzeichnen. Die geplante Absenkung des Lohnniveaus könnte zu einer Abwanderung von Fachpersonal führen und damit zu Qualitätseinbußen.

Deshalb beantragte die SPD, dass die Stadt sich im Aufsichtsrat dafür einsetzen sollte, dass der TVöD weiter bei den Kliniken gilt. CDU und FDP lehnten das ab. Aus ihrer Sicht ist bei den Kliniken alles bestens und die Stadt könne das sowieso nicht beeinflussen. Ach so. Und wofür halten wir dann 49 Prozent der Anteile?